Stadt Hilden

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch, 11.09.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz
Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Peter Groß	CDU	
Herr Thomas Grünendahl	CDU	Vertretung für Herrn Frenzel
Herr Kevin Peter Schneider	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU	Vertretung für Frau Schlottmann
Herr Tristan Zeitter	CDU	Vertretung für Herrn Zenker
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Frau Sandra Kollender	SPD	Vertretung für Frau Hammer
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD	
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD	Vertretung für Herrn Buchner
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Uwe Gramminger	FDP	Vertretung für Herrn Joseph
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Torsten Schlüter	stellv. Leitung Beratungs- und Prüfungsamt
Herr Roland Becker	Amtsleiter Bürgermeisterbüro
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden
Frau Carolin Siepmann	Digitalisierungsbeauftragte
Herr Marco Wachsmann	Stadt Hilden
Herr Martin Wiedersprecher	Kämmerer
Frau Gabriele Zaremba	Leitung Haupt- und Personalamt

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Hannah Hammer	SPD
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

1 Befangenheitserklärungen

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 20-25 SV 12/053

3 Personalmanagement

3.1 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 30.06.2024
WP 20-25 SV 10/062

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr
WP 20-25 SV II/016

5 Bewirtschaftung der im Stadtgebiet betriebenen Parkscheinautomaten
WP 20-25 SV 32/032

6 Anregungen und Beschwerden

6.1 Anregung nach § 24 GO:
Beleuchtung des selbständigen Gehweges Schubertstraße - Hochdahler Straße
WP 20-25 SV 66/116

6.2 Anregung nach § 24 GO vom 29.07.2024: Prüfung von Fördermöglichkeiten für das Konzept Schwammstadt
WP 20-25 SV 66/121

7 Anträge

7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.03.24 Bezahlkarte für Geflüchtete
WP 20-25 SV 51/286

7.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2024: Änderung der Zuständigkeitsordnung
WP 20-25 SV 01/181

7.3 Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2024: Eingruppierung und Arbeitsschutz in Kindertagesstätten
WP 20-25 SV 10/063

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag der BA-Fraktion: Bericht zur Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden

9.2 Antrag der BA-Fraktion: Einberufung einer Einwohnerversammlung

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Änderungen zur Tagesordnung vor.

Einwohnerfragestunde

Frau G. aus Hilden, die ursprünglich die Anregung zur Prüfung der Eingruppierung der Erzieher*innen eingebracht hatte, meldete sich zu Wort und betonte, dass der Bedarf in den Kitas deutlich höher sei. Es gebe viele Ausfälle, die unter dem Radar laufen. Sie fragte, ob die Stadt Hilden Informationen zu den Einschulungsuntersuchungen im Kreis Mettmann erhalte und ob aus diesen Ergebnissen Rückschlüsse auf den Mehraufwand wegen erhöhten Förderbedarfen für die Erzieherinnen gezogen werden könnten.

Erster Beigeordneter Eichner sicherte zu, dass beim Kreis Mettmann nachgefragt werde, ob entsprechende Informationen und Datensätze zur Verfügung gestellt werden können.

Abschließend meldete sich Herr H. aus Hilden zu Wort und dankte Beigeordneten Stuhlträger dafür, dass der Kleidercontainer auf der Walder Straße entfernt wurde.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung WP 20-25 SV 12/053

Die Mitglieder des Hauptausschusses bedankten sich für die gute Arbeit in diesen Bereichen und

lobten das hohe Leistungsniveau sowie die erkennbaren Fortschritte.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

3 Personalmanagement

3.1 Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 30.06.2024 — WP 20-25 SV 10/062

Rm M. Münnich/Die Grünen äußerte Bedenken, dass von den 12 Stellen ohne Personalkostenansatz in der Kita lediglich sechs besetzt sind. Sie fragte, ob absehbar sei, wann die Stellen vollständig besetzt würden.

Frau Zaremba, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, erklärte, dass das Instrument der „Poolstellen im Erziehungsbereich“ eingeführt wurde, um temporäre Vakanzen, etwa durch Krankheit oder Elternzeit, aufzufangen. Die Finanzierung erfolge auf Basis von Vakanzen, weshalb es nicht das Ziel sei, alle Stellen dauerhaft zu besetzen, sondern bedarfsorientiert und abhängig von den tatsächlichen Vakanzen.

Zur Nachfrage von Rm M. Münnich/Die Grünen, ob es tatsächlich aktuell nur sechs Vakanzen im Kita Bereich gebe, erläuterte Frau Zaremba, dass zwischen den Vakanzen bei Planstellen und den temporären Vakanzen (Stellen ohne Personalkosten) unterschieden werden müsse. Trotz des Fachkräftemangels könnten die Stellen im Erzieherbereich noch gut besetzt werden, und es würden fortlaufend Vorstellungsgespräche stattfinden. Die genaue Zahl der Vakanzen schwanke ständig und könne aktuell nicht genau beziffert werden.

Rm Prof. Dr. Bommermann/AfD erkundigte sich, ob die Anzahl der zwölf Springerstellen für leistungsgeminderte Personen bereits reduziert werden konnte. Herr Wachsmann, Leiter des Amtes für Verwaltungsmodernisierung, erklärte, dass keine weiteren Stellen hinzugekommen seien und die Anzahl der Stellen durch Rentenbeginn oder Überführungen in andere Stellen reduziert werden konnte.

Der Hauptausschuss nahm den Bericht über den Personalbestand und die Personalkostenentwicklung zum 30.06.2024 zur Kenntnis.

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr — WP 20-25 SV II/016

Rm M. Münnich/Die Grünen bedankte sich zunächst bei Beigeordnete Frau Wolke-Ertel und den Ehrenamtlern der Feuerwehr, die derzeit überall in der Stadt präsent seien. Anschließend erkundigte sie sich nach dem bisherigen Erfolg der Aktion.

Beigeordnete Frau Wolke-Ertel berichtete, dass seit Januar 2024 insgesamt 19 Personen neu in die Freiwillige Feuerwehr eingetreten seien und es zudem 49 Interessenten gebe, die sich noch nicht entschieden hätten. Im Bereich der Jugendfeuerwehr habe es 10 Neuaufnahmen gegeben, und 15 weitere Personen stünden in Kontakt mit der Feuerwehr.

Rm Groß/CDU fragte, ob das bereitgestellte Budget in Höhe von 100.000 € für Werbemaßnahmen bereits aufgebraucht sei. Beigeordnete Frau Wolke-Ertel erklärte, dass sie auch für den Haushaltsplan 2025 einen Ansatz von 100.000 € benötige, um das Ziel von 150 neuen Mitgliedern zu

erreichen. Der Betrag werde jedoch nicht nur für Werbung, sondern auch für die notwendige Ausrüstung der neuen Mitglieder verwendet.

Der Hauptausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5	Bewirtschaftung der im Stadtgebiet betriebenen Parkscheinautomaten	WP 20-25 SV 32/032

Rm Groß/CDU lobte einleitend den Vorschlag der Verwaltung, da durch die Umstellung Kosten eingespart werden könnten.

Rm Gramminger/FDP beantragte eine getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlags. Er führte weiter aus, dass die NFC-Schnittstelle ein Sicherheitsrisiko darstelle, da die Daten von anderen ausgelesen werden könnten. Bisher werde die Funktion nur bei Sparkassenkarten automatisch freigeschaltet, bei anderen Banken jedoch nur auf Wunsch und ohne Haftung.

Auch Rm Reffgen/BA äußerte Bedenken zur Sicherheit und hinsichtlich der Akzeptanz bei den Bürger*innen, die kein Smartphone besitzen. Hierzu erklärte Rm Brehmer/SPD, dass die Bezahlung nicht nur mittels App möglich sei, sondern alternativ auch mit einer EC-Karte.

Rm Toska/Die Grünen erklärte, dass die NFC-Schnittstelle bei jeder Bank automatisch aktiv sei und die Gefahr nicht von dem Lesegerät am Parkscheinautomaten ausgehe, sondern die Daten auch beim Tragen der Karte im Portemonnaie ausgelesen werden könnten. Weiter regte er an, ähnlich wie die Stadt Langenfeld, nach der Einführung für einen gewissen Zeitraum mit Lotsen zur Unterstützung zu arbeiten. Frau Beigeordnete Wolke-Ertel verwies auf Punkt 7 der Sitzungsvorlage.

Rm Brehmer/SPD begrüßte ebenfalls die Einsparung von Kosten durch den Wegfall von Verwaltungsaufwand, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der App-Lösung. Er wies darauf hin, dass sie hohe Kosten verursachen könnte, da 20 bis 30 % der Ersparnis durch Abzüge des Anbieters der App verloren gingen. Die Gefahr bestehe, dass die Kosten am Ende höher ausfielen, auch wenn die Lösung nutzerfreundlich sei. Zudem fragte er, wie die Kündigungsfristen mit dem Anbieter geregelt seien und ob ein Zwischenbericht geplant sei, um zu prüfen, ob das Verfahren sich bewährt habe. Frau M. Münnich/Die Grüne fragte, ob die Zusatzkosten nicht durch den Kunden getragen werden und die Stadt das volle Parkentgelt erhalte.

Frau Beigeordnete Wolke-Ertel sicherte zu, dass nach einem gewissen Zeitraum ein Bericht erstellt werde. Weiter erklärte sie, dass die Stadt bislang auch noch mit keinem Anbieter in näheren Kontakt getreten sei und die Verhandlungen noch ausstehen. Der Ansatz der Anbieter sieht vor, dass der Nutzer ein Modell auswählt und die Gebühren dort abgerechnet werden. Die Stadt erhalte das normale Parkentgelt ohne Abzüge.

Vorsitzender, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, ließ sodann getrennt über die beiden Ziffern des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss den Empfehlungen der Verwaltung zur zukünftigen Bewirtschaftung der im Stadtgebiet betriebenen Parkscheinautomaten (PSA) für oberirdische Parkflächen mit Parkscheinpflicht zu und beauftragt die Verwaltung wie folgt:

1. Die Buchungs- und Bezahlmöglichkeiten an den PSA werden durch die zusätzliche Möglichkeit eines Park-App-Angebotes für die Nutzerinnen und Nutzer digital erweitert. Hierfür werden konkrete Vertragsgespräche mit der Digitalplattform „smartparking“ aufgenommen und so zeitnah wie möglich umgesetzt.
2. Die bisherigen Bezahlmöglichkeiten an den PSA mittels Bargeld und Kartenzahlung über ein Kartenlesegerät (Kartenzahlung nur noch über NFC-Schnittstelle) werden so zeitnah wie möglich nicht mehr angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages
Mehrheitlich beschlossen mit
16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne, FDP, BA,BGM Dr. Pommer)
1 Nein-Stimme (AfD)

Ziffer 2 des Beschlussvorschlages
Mehrheitlich beschlossen mit
14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Grüne, BGM Dr. Pommer)
2 Nein-Stimmen (AfD, BA)
1 Enthaltung (FDP)

6 Anregungen und Beschwerden

6.1 Anregung nach § 24 GO: Beleuchtung des selbständigen Gehweges Schubertstraße - Hochdahler Straße — WP 20-25 SV 66/116

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:
Die Anregung wird ohne Empfehlung zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

Antragstext:

Installation einer Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Hochdahler Str. und Schubertstr. im Hildener Norden

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

6.2 Anregung nach § 24 GO vom 29.07.2024: Prüfung von Fördermöglichkeiten für das Konzept Schwammstadt — WP 20-25 SV 66/121

Da keine Wortbeiträge vorlagen, ließ der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung sowie zur Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz verwiesen.
Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext
Im Namen der Bürgerinitiative Schwammstadt Hilden beantragen wir hiermit, dass die Stadtverwaltung Hilden prüft, ob es für die Umsetzung eines Schwammstadt-Konzeptes Fördergelder vom Bund, Land, der Europäischen Union oder weitere Fördermittel gibt und welche Maßnahmen dafür notwendig sind, um diese Gelder zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verwiesen.

7 Anträge

7.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 13.03.24 Bezahlkarte für Geflüchtete — WP 20-25 SV 51/286

Rm Gramminger/FDP erklärte, dass es in der Zwischenzeit weitere Entwicklungen gegeben habe und formulierte einen geänderten Antragstext zu Punkt 2.

Rm Reffgen/BA äußerte sich kritisch zur Bezahlkarte und meinte, diese werde überbewertet. Er betonte, dass die Motivation für Migration nicht in Sozialhilfe liege, sondern vielmehr in der Sicherheit und Demokratie des Landes. Zudem habe es bereits früher Bezahlkarten gegeben, die sich als ungeeignet erwiesen hätten. Auch die Erfahrungen in Bayern seien nicht ausschließlich positiv gewesen, weshalb die Einführung solcher Karten in seinen Augen ihr Ziel verfehle.

Rm Groß/CDU erklärte, dass man grundsätzlich der Auffassung der Verwaltung folgen solle und abwarten müsse, wie die Einführung der Bezahlkarte auf bundesweiter Ebene umgesetzt werde. Zudem solle man die Erfahrungen der Stadt Velbert abwarten. Er regte an, erst auf Grundlage dieser Beobachtungen eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Abschließend erklärte Rm Gramminger/FDP, dass die FDP-Fraktion aufgrund der Unstimmigkeiten – auch wenn es positive Berichte aus anderen Landkreisen gebe – ihren Antrag zurückziehe. Die Fraktion werde abwarten, was in der Stadt Velbert und auf Landesebene geschehe, bevor weitere Schritte unternommen würden.

Antragstext (Änderungen während der Sitzung kursiv bzw. durchgestrichen):

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

1. Der Rat der Stadt Hilden begrüßt die von Bund und Ländern beabsichtigte flächendeckende Einführung einer einheitlichen Bezahlkarte für Geflüchtete.

2. *So wie die vom Land NRW geplante Bezahlkarte eingeführt werden kann, wird die Verwaltung dies zeitnah vor Ort umsetzen.* ~~Die Ankündigung der NRW-Landesregierung, den Kommunen die Entscheidung zur Einführung zu überlassen, um so die Finanzierung nicht übernehmen zu müssen, steht einer einheitlichen Lösung entgegen. Der Rat der Stadt Hilden schließt sich daher der Kritik der kommunalen Spitzenverbände an dem beabsichtigten Vorgehen der Landesregierung ausdrücklich an.~~

3. Der Rat der Stadt Hilden fordert die NRW-Landesregierung auf, eine Bezahlkarte landesweit einzuführen und Betrieb und Einführung zu finanzieren. Eine von Bund und Ländern beschlossene einheitliche Lösung für alle Kommunen muss auch durch das Land administriert und finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:
Antrag zurückgezogen

7.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2024: Änderung der Zuständigkeitsordnung	WP 20-25 SV 01/181

Rm M. Münnich/Die Grünen fragte, warum die Änderung der Zuständigkeitsordnung nicht bereits in diesem Jahr vorgenommen werde, da ihrer Ansicht nach in der Praxis bereits so gehandelt werde.

Beigeordneter Stuhlträger antwortete, dass man weiterhin nach der aktuell geltenden Zuständigkeitsordnung verfahre. Wirtschaftspläne würden nur von den direkten Beteiligungen erstellt, während die weiteren Beteiligungen derzeit nicht einbezogen würden. Ab dem Jahr 2025 solle dies jedoch, wie im Workshop zur Änderung der Zuständigkeitsordnung erläutert, schrittweise geändert werden. Man müsse sich auf die neuen Abläufe vorbereiten und diese ausbauen, sodass eine vollständige Umsetzung ab dem Jahr 2025 möglich sei. Aus diesem Grund empfehle die Verwaltung, die Änderung erst ab dem 1. November 2025 in Kraft zu setzen.

Draufhin erkundigte sich Rm M. Münnich/Die Grünen, ob man sich derzeit in einem rechtsunsicheren Raum bewege. Beigeordneter Stuhlträger entgegnete, dass es sich um eine Binnenregelung handele und so lange niemand gegen einen Gesellschafterbeschluss klage, bestünde kein Problem.

Rm Schneider/CDU äußerte sich verwundert über den Antrag, da in dem Workshop zur Änderung der Zuständigkeitsordnung Konsens geherrscht habe, dass die Änderungen erst in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden.

Schließlich zog Rm M. Münnich/Die Grünen den Antrag aufgrund des Verlaufs der Diskussion zurück.

Antragstext:

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Änderungsantrag zur Zuständigkeitsordnung:

§ 5a Punkt 10 (Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen) der Zuständigkeitsordnung wird wie folgt geändert:

Dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen werden zur abschließenden Entscheidung vorgelegt:

10.
Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse sowie die Verwendung der Ergebnisse ***direkter und indirekter städtischer Beteiligungen, an denen die Stadt mindestens 25 % der Anteile hält*** und Weisungen an die Vertretung der Stadt Hilden in der Gesellschafterversammlung in diesen Angelegenheiten.

Abstimmungsergebnis:
Antrag zurückgezogen

7.3	Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2024: Eingruppierung und Arbeitsschutz in Kindertagesstätten	WP 20-25 SV 10/063

Rm Toska/Die Grünen begründete den Antrag damit, dass die Fraktion die Eingruppierung der Erzieher*innen noch einmal genauer geprüft haben möchte. Er erklärte, dass sie sich mit dem TVöD auseinandergesetzt hätten. Er wies daraufhin, dass bei der Prüfung der Anzahl der Kinder mit Förderbedarfen tatsächlich alle Bedarfe, wie Sprach- und Bewegungsförderung, berücksichtigt werden sollten. Nach Gesprächen mit Erziehern gehe er davon aus, dass der Anteil von 15 % von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in den Gruppen häufiger erreicht werde und eine höhere Eingruppierung somit gerechtfertig sei.

Beigeordnete Frau Wolke-Ertel erklärte, dass bereits ein dezernatsübergreifender Abstimmungstermin mit vielen Kolleginnen und Kollegen stattgefunden habe, an dem auch die Leitungen der Kitas und der OGS teilgenommen haben. Sie wies darauf hin, dass noch kein abschließendes Ergebnis vorliege, aber man sich in der Lösungsfindung befinde. Sie betonte jedoch, dass eine flächendeckende Höhergruppierung, ohne genaue Prüfung der Vorraussetzung, aufgrund der Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst nicht möglich sei.

Rm Toska/Grüne bat um Berichterstattung über die Ergebnisse der Gespräche im Jugendhilfeausschuss.

Rm Groß/CDU betonte, dass die Prüfung der Eingruppierung ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei und er davon ausgehe, dass dies funktioniere. Daher sei Punkt 1 für ihn nicht relevant. Punkte 2 und 3 seien für ihn ebenfalls von Interesse. Auch Rm Gramminger/FDP begründete die Ablehnung des Antrages damit, dass es sich um eine Angelegenheit der Verwaltung handele.

Rm Brehmer/SPD betonte, dass er Vertrauen in die Verwaltung sowie den Personalrat habe, dass alles rechtens ablaufe und niemand der Zuschlag verweigert werde, wenn die Voraussetzungen erfüllt seien. Da die Verwaltung bereits proaktiv prüfe, sei der Antrag obsolet.

Rm Reffgen/BA erklärte, dass durch die Bürgeranregung bereits einige Fortschritte in dem Bereich erzielt wurden. Da die Arbeitsmarktlage jedoch sehr angespannt sei, unterstütze die BA-Fraktion den Antrag der Grünen, um dem Vorbild anderer Städte zu folgen, auch wenn die finanziellen Auswirkungen problematisch seien.

Rm Toska/Die Grünen beantragte eine einzelne Abstimmung der Punkte des Antrages. Vorsitzender Bürgermeister Dr. Claus Pommer ließ sodann einzeln über die Ziffern des Antrages abstimmen.

Antragstext:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Claus Pommer,

die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum TOP 4.1 „Eingruppierung der ErzieherInnen“ (WP 20-25 SV 12/05071) der Sitzung des Stadtrates am 26.06.2024.

1. Die Stadt Hilden beginnt ab sofort und proaktiv mit der erneuten Überprüfung der Eingruppierung ihres pädagogischen Personals in den städtischen Kitas. Wird eine erschwerte Arbeitsbelastung festgestellt, erfolgt die Höhergruppierung tarifgemäß und unverzüglich.

2. Die Stadt legt dem Jugendhilfeausschuss dar, wann die letzten ausführlichen Gefährdungsbeurteilungen - die Mitarbeitenden betreffend - in den städtischen Kindertagesstätten vorgenommen und welche Maßnahmen daraus abgeleitet wurden.

3. Die Stadt erstellt einen Zeitplan für die nächsten Gefährdungsbeurteilungen für die städtischen Kindertagesstätten und legt diesen dem Jugendhilfeausschuss vor.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1:
Mehrheitlich abgelehnt bei
4 Ja-Stimmen (Grünen und BA) und
13 Nein-Stimmen (CDU; SPD, FDP, AfD und BGM Pommer)

Ziffer 2:
Mehrheitlich abgelehnt bei
8 Ja-Stimmen (SPD, Grüne und BA) und
9 Nein-Stimmen (CDU, FDP, AfD und BGM Pommer)

Ziffer 3:
Mehrheitlich abgelehnt bei
8 Ja-Stimmen (SPD, Grüne und BA) und
9 Nein-Stimmen (CDU, FDP, AfD und BGM Pommer)

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Claus Pommer informierte über die Einberufung des Ältestenrates am 18.09.2024 im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen. Inhaltlich soll der Zeitplan für die Haushaltsplanberatung 2026 abgestimmt werden sowie über einen Vorschlag zur Öffentlichkeitsbeteiligung zum Thema „Freichflächen-PV-Anlagen“.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag der BA-Fraktion: Bericht zur Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden

Rm Reffgen/BA verlas folgenden Antrag:

„*Im Hinblick auf die demnächst anstehenden Haushaltsplanberatungen beantragt die BA-Fraktion, den Fraktionen einen Zustandsbericht zur Schulgebäudesanierung und -unterhaltung vorzulegen.*

Bei den äußerst engen finanziellen Spielräumen des städtischen Haushalts werden absehbar Abwägungen in punkto Dringlichkeit von Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen unausweichlich sein. Um eine sach- und fachgerechte Bewertung vornehmen zu können, wird der aktuelle, jeweilige Gebäudezustand eine maßgebliche Rolle spielen. Dies wird nur auf der Grundlage verlässlicher Daten und Informationen möglich sein.“

9.2 Antrag der BA-Fraktion: Einberufung einer Einwohnerversammlung

Rm Reffgen/BA verlas folgenden Antrag:

„Angesichts des große Teile der Hildener Bevölkerung bewegenden Themas „Solarpark“ im Bereich Karnap / An den Gölden, hinter dem sich die Bereitstellung von dortigen Frei- und Ackerflächen für eine großräumige Fotovoltaik-Anlage verbirgt, und der Zusage des Bürgermeisters, darüber mit der Bürgerschaft in einen Dialog treten zu wollen, beantragen wir

die Einberufung einer „Einwohnerversammlung“ gemäß Paragraph 23 GO NRW.

Begründung:

Nach den kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnung sollen „bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren“, „die Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden“.

Zur Unterrichtung der Bevölkerung verpflichtet die GO den Rat, eine Versammlung der Einwohner anzuberaumen, die Gelegenheit „zur Äußerung und zur Erörterung“ bietet. Nach Art und Umfang des Projekts „FF-PV in Karnap-West“ sowie dem Stand der Planung erfüllt das Vorhaben aktuell alle von der Gemeindeordnung für die Durchführung einer Einwohnerversammlung aufgezeigten Voraussetzungen. Vor diesem Hintergrund sollte sich der Rat dazu verstehen, den Bürgermeister zu beauftragen, vor der Fortsetzung des Beratungs- und Entscheidungsprozesses in den Gremien des Rates der Stadt Hilden eine Einwohnerversammlung zu dem Thema einzuberufen.“

Ende der Sitzung: 18:08 Uhr

Dr. Claus Pommer / 07.10.2024
Vorsitzender

Christina Schroeder / 04.10.2024
Schriftführerin

Gesehen:

Roland Becker / 04.10.2024
Amtsleiter Bürgermeisterbüro